

iFijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 409 07. Mai 2008

14. Jahrgang

Ein Historisches Urteil

Am 16. April 2008 verurteilte das Strafgericht des Departements Quiché den ehemaligen Polizeiamtlichen Antonio Rutilio Matías López zu 20 Jahren Gefängnis ohne Bewährung. Angeklagt war er wegen Vergewaltigung und Amtsmissbrauch. Dies ist ein historisches Urteil in der Geschichte der guatemaltekischen Rechtsprechung: Es ist das erste Mal, dass ein Sicherheitsbeamter des Staates wegen Vergewaltigung einer sich in Polizeigewahrsam befindenden Frau verurteilt wurde. Das zuständige Gericht sah es als erwiesen, dass zwei Polizisten die Untersuchungsgefangene Juana Méndez Rodríguez, eine Indígena, in der Polizeistation von Nebaj sexuell missbrauchten. Der zweite Täter, Neri Osberto Aldana, ist flüchtig.

Eine Untersuchung des Instituts für vergleichende Strafwissenschaften in Guatemala (ICCPG) kommt zu dem Schluss, dass der Fall Juana Méndez kein Einzelfall ist, sondern dass sexueller Missbrauch von weiblichen Häftlingen durch Polizei- und Sicherheitskräfte ein häufiges Vorkommnis ist. Im Jahr 2005 sind gemäss ICCPG rund 75% der Frauen in Haft Opfer von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigung durch Staatsangestellte geworden. Obwohl 43% der betroffenen Frauen eine Anzeige erstatteten, ist der Fall von Juana Méndez der erste, der bis vor Gericht gelangte. Entsprechend ist dieses Urteil als Präzedenzfall zu sehen und lässt hoffen, dass solche Fälle, die normalerweise straflos bleiben, in Zukunft häufiger verfolgt und bestraft werden.

Während des mehrere Wochen dauernden Prozesses wurde Méndez auf Ersuchen vom ICCPG, von dem sie juristisch beraten wurde, von internationalen MenschenrechtsbeobachterInnen begleitet, da sowohl sie wie auch MitarbeiterInnen des ICCPG mehrmals Drohungen erhielten. Das ICCPG ist erstmals als Nebenklägerin in einen Fall involviert, bei dem Mitglieder der Polizei wegen Amtsmissbrauch, Folter und Vergewaltigung angeklagt sind.

Die 44-jährige Juana Méndez, Analphabetin und nur Quiché sprechend, Mutter von 11 Kindern und in ärmlichen Verhältnissen lebend, wurde am 17. Januar 2005 nach einem Monat Haft in Chimaltenango ins Gefängnis von Nebaj gebracht, wo sie darauf warten musste, einem Richter vorgeführt zu werden. Beschuldigt wurde sie der Ausaat, der Lagerung und des Handels von Mohn zur Herstellung von Drogen, eine Anschuldigung, die sich später als falsch erwies.

Da es in Nebaj kein Frauengefängnis gibt, wurde Méndez mit einer Matratze im Korridor des Männergefängnisses einquartiert. Dort wurde sie in der Nacht mehrmals von den betrunkenen wachhabenden Polizisten vergewaltigt und anschliessend gezwungen, sich nackt vor den Augen und unter den Spöttereien der männlichen Gefangenen zu waschen. Am nächsten Morgen, als sie dem

Richter vorgeführt wurde, denunzierte sie die Vergewaltigung und reichte Anzeige gegen die beiden Polizisten ein.

Am Tag des Prozesses gegen die beiden Polizisten fanden sich Hunderte von solidarischen Frauen in Santa Cruz de Quiché ein, die mit einer Demonstration durch die Stadt die Verurteilung der Täter forderten. "Doña Juana - ihre Wahrheit ist meine Wahrheit", stand auf einem Transparent, auf einem andern "Wenn sie eine von uns vergewaltigen, vergewaltigen sie uns alle". Die Frauenorganisationen forderten einen transparenten und gerechten Prozess und ein Ende der Straflosigkeit für diese Art von "Kavaliersdelikten". Der Fall erregte bereits im Mai 2006 Aufsehen, als das zuständige Gericht die beiden Angeklagten vom Dienst suspendieren liess und den Tatbestand der Vergewaltigung als eine Form der Folter anerkannte.

Hilfreich in dem Prozess war sicher auch die Aussage eines Arbeitskollegen der beiden Polizisten - gegen sie. Der Angeklagte Antonio Rutilio Matías López tritt nämlich ab, dass er an besagtem Tag überhaupt auf der Polizeiwache war, weil er - unerlaubterweise - dem Dienst fern geblieben sei, um seinen kranken Sohn ins Spital zu bringen. An einem der ersten Prozesstage sagte ein ehemaliger Polizist und Arbeitskollege von Matías López, der in der Tatnacht auch auf der Polizeistation war, aus, er habe mit angesehen, wie der Angeklagte die Frau vergewaltigt habe. Der Zeuge machte seine Aussage, obwohl auch er mehrmals Drohungen erhielt. Er musste Nebaj verlassen und steht heute unter Schutz der Staatsanwaltschaft.

"Ich will Gerechtigkeit. Es soll keiner Frau passieren, was mir widerfahren ist, denn das ist nicht gerecht." - Die Erfüllung dieses Wunsches von Juana Méndez ist mit der Verurteilung ihres Peinigers ein Stück näher gerückt.

Hoffnung für das Justizsystem

Die internationale Menschenrechtsbegleitorganisation ACOGUATE hat Juana Méndez und die MitarbeiterInnen des ICCPG während des Prozesses begleitet. Annie Pelletier von ACOGUATE hatte die Gelegenheit, Claudia Paz y Paz, Direktorin des ICCPG zu interviewen.

Frage: Was bedeutet für das ICCPG der "Fall Juana Méndez"?

Claudia Paz y Paz: Er ist sehr wichtig. Wir haben die Gelegenheit, eine Frau zu begleiten, die aus verschiedenen Gründen den Mut und den Willen hatte, ihre Vergewaltigung anzuzeigen. Dies ist ein Präzedenzfall und hat hoffentlich abschreckende Wirkung auf staatliche Angestellte, ihre Macht zu missbrauchen. Im Fall von Juana Méndez handelten die Polizisten vor den Augen ihrer Kollegen und niemand griff ein.

Für uns als Institut ist es der erste Fall, bei dem wir selber Anklage erhoben haben. Wir waren bisher eine eher akademische Institution, spezialisiert auf Recherchen, haben Gesetzesvorschläge erarbeitet, juristische Weiterbildungen angeboten, aber keine Fälle geführt. Wir haben uns bisher einzig dafür eingesetzt, dass in einigen Fällen die Todesstrafe nicht vollstreckt, sondern in Haft umgewandelt wurde. Diese Fälle haben wir gewonnen, aber dies waren Verteidigungsfälle gewesen, welche vor dem Interamerikanischen Gerichtshof ausgetragen worden sind. Im aktuellen Fall klagten wir an, und zwar vor den nationalen Gerichten. Wir haben dabei sehr viel gelernt, und es motiviert uns, weiterhin für die Rechte der Frauen zu kämpfen.

Frage: Es ist das erste Mal, dass der Fall einer Frau vor Gericht kam, die in Haft vergewaltigt wurde. Was braucht es, um diesen Moment zu erreichen?

CPP: Wir haben uns auf Untersuchungen gestützt, die zwei unserer Mitarbeiterinnen in den Gefängnissen gemacht haben. Mit diesen Informationen führten wir verschiedentlich Sensibilisierungskurse über die Situation von Häftlingen für Angestellte des Justizwesens durch. Danach kontaktierten wir die Frauenorganisationen, was dazu führte, dass der "Fall Juana Méndez" nicht ihr privater Fall oder der Fall des ICCPG wurde, sondern der Fall von vielen Frauen, die sich damit solidarisieren.

Wichtig bei diesem Prozess war auch, dass er aufgrund von Gutachten von Sachverständigen geführt wurde. Wir lernten, was wir richtig und was wir falsch gemacht haben und wie Expertisen im Fall von Vergewaltigungen ge-

macht werden müssen, damit sie vor Gericht bestehen. In Mexiko und Costa Rica werden schon seit längerem geschlechtsspezifische Gutachten gemacht, speziell auch in Fällen, wo Frauen in Haft sind, weil sie ihren Vergewaltiger umgebracht haben. Durch solche Untersuchungen kann dann beispielsweise bewiesen werden, dass der Tat über längere Zeit häusliche Gewalt vorgegangen war und die Frau aus Notwehr handelte. Für Guatemala sind solche Untersuchungen neu.

Frage: Aber die Tatsache, dass Frauen in Haft vergewaltigt werden, ist nichts Neues für Guatemala?

CPP: Das stimmt. Der Fall von Doña Juana ist insofern paradigmatisch, weil er qualitativ das beweist, was unsere Untersuchungen quantitativ dokumentierten. Dass es nämlich ein Muster von sexualisierter Gewalt gibt, dem Frauen in der Haft ausgesetzt sind. Das heisst, dass jede von uns, die eine Nacht in Polizeigewahrsam verbringen muss, diesem Risiko ausgesetzt ist. Mit diesem Fall und allem, was dazu dokumentiert und denunziert wurde, hoffen wir, dieses Risiko etwas zu vermindern.

Frage: Eine Anzeige ist ein erster Schritt. Wie reagiert das Justizsystem auf Anzeigen, bei denen es um Amtsmissbrauch durch Gefängnispersonal geht?

CPP: Zwischen 96% und 98% der Fälle bleiben straflos. Und wir sprechen nur von den Fällen, die überhaupt angezeigt werden. Viele Übergriffe werden gar nicht erst angezeigt, weil die Frauen wissen, dass es nichts bringt und man am Ende ihnen die Schuld zuschiebt. Wird durch eine Anzeige öffentlich, dass sie vergewaltigt wurden, müssen sie damit rechnen, von ihrer Familie oder ihrer Gemeinde verstossen zu werden.

Bei Juana Méndez handelt es sich um eine Quiché-Frau, die keine Möglichkeit zur Schulbildung hatte und die auf der Polizeistation im abgelegenen Nebaj vergewaltigt wurde. Die Tatsache, dass es in einem solchen Fall zu einer Verurteilung kommt, gleicht einem Wunder! Inhaftierte Frauen sind sehr verletzbar. In Guatemala sind die Gefängnisse Niemandsland. Was dort geschieht, inter-

essiert niemanden, niemand stört sich daran. Unter den eh schon verletzbaren inhaftierten Frauen bilden die Mayafrauen eine absolute Minderheit. Sie werden von ihren Mithäftlingen diskriminiert, vom Gefängnispersonal sowieso, oftmals stellt man ihnen auch keine ÜbersetzerInnen zur Verfügung.

Frage: Häufig wird dieses mangelhafte Justizsystem mit fehlenden Budgets entschuldigt. Was halten Sie davon?

CPP: Zweifellos ist der guatemalteke Staat arm, und das Justizsystem hat zuwenig Geld, vor allem angesichts der hohen Zahl an Straftaten. Vergleichen wir es mit den Niederlanden, einem Land mit 16 Mio. EinwohnerInnen, einem jährlich 254 Morden: In Guatemala sind wir 12 Mio. EinwohnerInnen und haben rund 6000 Morde jährlich. Eine solche Situation bringt jedes Justizsystem zum Kollabieren. Es gibt keine Prävention, es gibt keine Kontrolle über den Waffenbesitz, es gibt keine Ermittlungen, es fehlt an allem und an jeder Ecke. Und die knappen Ressourcen werden oft falsch eingesetzt. Wir haben herausgefunden, dass es in jenen Departements zu den meisten Vergewaltigungen und gewaltsamen Tötungen von Frauen kommt, wo es am wenigsten Polizei, StaatsanwältInnen und Ermittlungsbeamten gibt.

Frage: Kann man in einem solchen Kontext sagen, dass der Fall von Juana Méndez die Möglichkeit auf eine Veränderung in sich birgt und eine Hoffnung für den Kampf der Frauen für ihre Rechte ist?

CPP: Ja, auch wenn der Prozess alles andere als einfach war. Es gab sehr schwierige Momente für uns. Ihr von ACOGUATE, die uns begleitet habt, wisst das. In solchen Momenten war es Doña Juana, die uns immer wieder Mut machte, weil sie selber nie aufgab. Was uns ebenfalls motivierte, war die Unterstützung von immer mehr Frauenorganisationen. Es ist auch wohlthuend zu merken, dass es Justizbeamte gibt, die ihre Arbeit gut machen. Es gibt die Hoffnung, dass unser System noch nicht ganz verloren ist!

Vielen Dank für das Gespräch!

Coloms ländliche Entwicklungspläne

Guatemala, 05. Mai. Seit Anfang dieses Monats wird die Regierung neben der Staatsflagge eine zweite Fahne, die "der Völker", hissen, "um die Interkulturalität zwischen den verschiedenen guatemalteken Sektoren zu fördern", heisst es. Der in vier Bereiche geteilte Stoff soll mit den Farben rot, gelb, weiss und schwarz die vier Völker repräsentieren: die Xinca, die Garífuna, die Maya und die Ladinás/os. Doch besteht Zweifel, ob es sich nicht wieder einmal lediglich um einen Symbolismus handelt, nicht nur, weil das Design Anspruch erhebt, auf Maya-Zeichen zurückzugreifen, jedoch niemand der entsprechenden VolksvertreterInnen diesbezüglich konsultiert wurde; nicht einmal jener Ältestenrat der Maya, den Álvaro Colom bei dem öffentlichen Fest seiner Amtsübernahme auf dem Podium als vertrauten Kreis präsentierte.

Ein ähnlich verschleiender und vor allem verwirrender Eindruck erweckt das Thema der Ländlichen Entwicklung, das Colom als eines seiner Steckenpferde bezeichnet hatte. Neben dem *Sekretariat der Sozialen Kohäsion* unter Leitung von Coloms Gattin Sandra Torres, das sich derzeit in erster Linie um die sozialen Belange in 44 als besonders arm kategorisierte ländliche Munizipien kümmern will, rief Colom gegen Ende seiner ersten 100 Tage im Amt die ersten Agraraktionen ins Leben. Einen Dialoggrundriss, der an vierzehn Orten im Land verteilt stattfinden soll, den *Rat zur inte-*

gralen ländlichen Entwicklung (CDRI), unter dem wiederum das *Programm der integralen ländlichen Entwicklung* funktionieren soll, und schliesslich die *Nationale Kommission zur Ländlichen Entwicklung* (CNDR), aus der mittelfristig das *Ministerium zur Ländlichen Entwicklung* entstehen soll. Gleich bei der Eröffnungsrede der Kommission kündigte Colom an, dass sich aufgrund technischer Probleme die inzwischen politisierte Praxis des Düngemittelprogramms des Landwirtschaftsministeriums verändert: Der Staat werde ab 2009 keine Geschäfte mehr ausschreiben, Angebote einholen, die Produkte kaufen und Säckeweise verteilen. Stattdessen würden die Gelder des Programms an die landwirtschaftlichen Kooperativen überwiesen, die sich dann selbst um den Kauf und die Verteilung des Düngers kümmern sollen. Zwar begrüsst der Generalsekretär der BäuerInnendachorganisation CNOC, Aparicio Pérez, diesen Schritt und fordert eine gerechte Ressourcenverwaltung ohne Privilegien für affine Sektoren der Regierung. Den Kooperativen die Verantwortung und Entscheidungsfreiheit über die Gelder zu überlassen, sei einerseits sicher sinnvoll, stelle aber auch keine Garantie für eine gerechte Verteilung und gemeinnützige Investition dar, denn von einer technischen Beratung für die Kooperativen in Bezug auf den Umgang mit dem Etat und die Praxis des Einkaufs ist keine Rede.

Angesichts der bestehenden Nahrungsmittelkrise aufgrund der immens gestiegenen Preise, macht der Zusammenschluss *Plataforma Agraria* (PA) auf die Problematik der an die KleinbäuerInnen vergebenen Mikrokredite und die dramatischen Konsequenzen auf die regionale Wirtschaft aufmerksam. Omar Gerónimo von der BäuerInnenzentrale der Chortí, die der PA angehört, weist darauf hin, dass die BäuerInnen das aufgenommene Kreditkapital nicht wie geplant in Produktionsprogramme sondern in den Kauf von Lebensmitteln investieren, da die Ernährungsbedürfnisse momentan die Priorität ihrer Ausgaben darstellten. So blieben sie in ihren Schulden bei der Bank und müssten hohe Zinsen zahlen, was die Entwicklungsprojekte immer unmöglicher mache. Angesichts dieses Teufelskreises appelliert Gerónimo an die Regierung, den BäuerInnen Gelder zur Verfügung zu stellen, die nicht zurückzahlen sind. Teilweise gäbe es BäuerInnengruppen, die bis zu drei verschiedene Kredite aufgenommen hätten. Ausserdem sei eine fachliche Begleitung speziell im Bereich landwirtschaftlicher Produktivität nötig, damit die BäuerInnen das Kapital günstig investierten.

Zur *Nationalen Kommission zur Ländlichen Entwicklung* gehören unterdessen die Ministerien für Landwirtschaft, Wirtschaft, Energie und Minen, der Chef der Finanzgruppe der Ländlichen Entwicklungsbank BANRURAL, der Präsident der Agro-Exportvereinigung AGEXPORT, sowie Roberto Dalton, Geschäftsführer des Agrochemie-Unternehmens DISAGRO, das Düngemittel exportiert, gleichzeitig bislang aber auch Hauptzulieferer für den Staat ist. Dieser Roberto Dalton ist nun - *ad honorem* - verantwortlich für die Koordination des genannten *Programms der integralen ländlichen Entwicklung*, das sich auch erst einmal auf die 44 Munizipien in extremer Armut konzentrieren wird. Dalton selbst betrachtet seinen neuen Job als "Herausforderung, diesen Gemeinden zu mehr Produktivität zu verhelfen". Angesprochen auf den möglichen Interessenkonflikt für ihn als Düngemittelunternehmer und zur Neutralität verpflichteter Regierungsfunktionär lässt er indes verlauten, jeder Unternehmer solle an der Entwicklung des Landes mitwirken. Bleibt abzuwarten, wie Daltons Programmpraxis aussieht.

Während Colom informiert, dem Rat CDRI und somit dem Programm von Dalton stünden 600 Mio. Quetzales zur Verfügung, kritisierte die zivilgesellschaftliche *Beobachtungsinstanz über soziale Ausgaben*, zugleich seien die zugesprochenen Gelder für Bildung, Gesundheit und generelle produktive ländliche Entwicklung immer noch nicht angewiesen und zum Teil sogar schon wieder gekürzt worden.

Ergebnisziel des Rundtisches ist die Lösung der aktuell 1'500 dem *Sekretariat für Agrarangelegenheiten* (SAA) zur Analyse vorliegenden Landkonflikte. Alfonso de León vom SAA betont dabei bereits den Aspekt der juristischen Sicherheit; Miguel Ángel Sandoval, ehemaliger Präsidentschaftskandidat der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) und des Linksbündnisses MAIZ, begrüsst dagegen die Initiative grundsätzlich als positiv, doch brauche es im Vorfeld die Installation bestimmter Massnahmen, um die Resultate langfristig zu gewährleisten. Er nennt dabei das Agrar-Gesetzbuch, eine zuständige Abteilung der Staatsanwaltschaft und die Ernennung von entsprechenden Gerichtsinstanzen. Ähnlich befürchtet auch Abisafías Gómez von der *Plataforma Agraria*, dass der Dialog als Strategie benutzt werden könnte, um den ganzen Prozess um die Landkonflikte herum einzuschläfern. Als besonders besorgniserregend beobachtet er diesbezüglich die anhaltende Repression und Kriminalisierung der Landbewegung.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751
Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treec
c-tree@gmx.net
Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de
Jahres-Abo: 55.- •
Auslands-Abo: 60.- •
E-Mail-Abo: 50.- •
Erscheinungsweise 14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.
www.guatemala.de/Fijate

Zehn Jahre nach dem Mord an Monseñor Gerardi

Guatemala, 02. Mai. Anlässlich des 10. Jahrestages des Mordes an Bischof Juan José Gerardi Conedera am 26. April 1998, erinnerte Kardinal Rodolfo Quezada Toruño daran, dass dessen Tod eine offene Wunde für die Kirche darstelle, die durchaus bereit sei zu verzeihen, aber wissen wolle "wem und was sie verzeihe". Im Gedenkgottesdienst an Gerardi versprach der Kardinal, während seiner Amtszeit keine Mühen zu scheuen, die Aufklärung des Mordes zu unterstützen. Monseñor Gerardi war zwei Tage nach der Präsentation des Wahrheitsberichtes "Guatemala - Nunca más", des *Projektes zur Wiedererlangung der Historischen Erinnerung* (REMHI) in seinem Pfarrhaus ermordet worden. In dem Bericht werden 96% der im bewaffneten internen Konflikt begangenen Verletzungen der Menschenrechte dem Militär angelastet. Mitte 2001 wurden die ehemaligen Militärs Byron Disrael Lima Estrada, dessen Sohn Byron Lima Oliva und Obdulio Villanueva, der 2003 bei einem Aufstand im Gefängnis ums Leben kam, sowie der Priester Mario Orantes Nájera letztendlich zu 20 Jahren Haft wegen Komplizenschaft bzw. Beihilfe verurteilt.

Just in diesen Tagen wurde nicht nur bekannt, dass sich die Einschüchterungsversuche und Morddrohungen gegen Mitglieder des *Erzbischöflichen Menschenrechtsbüros* (ODHAG), die in dem Fall als Nebenklägerin auftritt, wieder verschärft haben. Die Staatsanwaltschaft kündigte ausserdem an, das am Tatort gefundene Beweismaterial erneut zu analysieren und das Verschwinden oder auch den möglichen Tod von 13 verdächtigen Personen zu untersuchen, die wahrscheinlich in irgendeiner Weise mit der Tat in Verbindung standen.

Erick Estuardo Urizar Barillas beispielsweise, Militär und Alibi von Lima Oliva, mit dem dieser an jenem Abend zusammen in einer Bar in der Zone 10 gewesen sein will, wurde im Oktober 2003 von Unbekannten erschossen. Ricardo Eliseo Moscoso Celada hingegen verschwand im März 2005 und war wie Urizar Barillas Geschäftspartner von Lima Oliva in mehreren Sicherheitsfirmen, die sich auch dem Handel mit Waffen und Munition widmeten. Es wird vermutet, dass es sich bei der Beseitigung der Personen um eine Strategie handelt, die Leute zum Schweigen zu bringen, die etwas von dem Mord an Gerardi wussten oder gar an ihm beteiligt waren. Der zuständige Staatsanwalt Jorge García sieht diese Taktik in Zusammenhang mit der Desinformation und Verschleierung

von Seiten der Mitglieder des inzwischen aufgelösten *Präsidialen Generalstabs* (EMP), dem auch Lima Oliva angehörte. Diese als Zeugen Befragten hätten sich in ihren Aussagen widersprochen und so manche Erklärung ganz klar an den Haaren herbeigezogen.

Derweil wächst die Anspannung bei den Menschenrechtsorganisationen angesichts der nahenden Haftentlassung von Lima Oliva in spätestens einem Jahr und sieben Monaten. Dieser drohte kürzlich in einem Interview mit dem Fernsehkanal *Guatevisión*, einen Prozess gegen die ehemaligen MitarbeiterInnen des Projektes REMHI anzustreben, konkret hat er dabei den Politanalysten Edgar Gutiérrez im Visier. So meint Lima Oliva: "Bis heute weiss man weder, wer der materielle noch wer der intellektuelle Täter ist, wer Komplize oder Begünstiger. Was die Kirche sagt und was die Menschenrechte (sic) sagen, ist falsch. Der Hauptverursacher dafür, dass die Wahrheit vom Tod Monseñor Gerardi verzerrt wurde, ist Edgar Armando Gutiérrez Girón, Ex-Aussenminister und Ex-Chef des Geheimdienstes des *Sekretariats für Strategische Analysen* (SAE) von Alfonso Portillo, denn er ist der Ideologe, der diese ganze Lüge zusammengebastelt hat. Wir werden ihn entlarven und ihn dahin bringen, wo er hingehört: nämlich ins Gefängnis." Lima Oliva gibt sich durchaus damit einverstanden, das Gedenken an Gerardi zu pflegen, doch es sollten keine falschen Märtyrer geschaffen werden, meint der Ex-Hauptmann, der überzeugt davon ist, dass der Mord an dem Bischof nichts mit dem REMHI zu tun gehabt habe, sondern Folge eines häuslichen Konflikts gewesen sei: "Er starb, weil er Geld im Pfarrhaus hatte, von dem das Verbrechen Wind bekommen hatte, da ein Angehöriger eines Priesters in dem Haus ein- und ausging." Lima Oliva selbst schmiedet bereits Zukunftspläne "unter einer anderen Regierung" einen öffentlichen Posten einzunehmen und unterstreicht im Interview seine ultra-rechte Überzeugung. Laut eigener Aussagen bereitet er gerade einen Prozess im Ausland vor wegen Menschenrechtsverletzungen. Gegen wen, erwähnte er nicht.

Inforpress centroamericana versucht unterdessen, die zahlreichen Hypothesen und Erklärungsversuche der diversen Beteiligten am Fall Gerardi und dessen Aufklärung verständlich darzustellen. Während das ODHAG von Lima Oliva auf dessen Internetseite der Verschleierung für schuldig befunden wird, plant dieses einen Prozess gegen die

Staatsanwaltschaft zu eröffnen, speziell gegen Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido, den das ODHAG des fehlenden politischen Willens beschuldigt, da in den letzten 10 Jahren keine wirkliche Ermittlung im Fall Gerardi und vor allem keine Untersuchung der involvierten Befehlshierarchien innerhalb und zwischen Militär und Politik stattgefunden habe. Somit mache sich die Staatsanwaltschaft zur Komplizin der militärischen Täter.

Als Anwalt der Familien Berger-Widmann und Gutiérrez-Bosch sowie als langjähriger Freund des damaligen Präsidenten und heutigen Hauptstadtbürgermeisters Álvaro Arzú, habe Florido schon manches Mal ein Auge zuge-drückt oder auch gerade Arzú beige-standen, sein Image zu wahren. Zum einen habe dieser nicht gewollt, dass Details des militärischen Tuns unter seiner Regierung öffentlich gemacht würden. Zum anderen, so greift *Inforpress* auf die Behauptungen des im letzten Jahr erschienenen Buches "Die Kunst des politischen Mordes" vom guatemalteko-US-amerikanischen Autoren Francisco Goldmann zurück (siehe ¡Fijáte! 389), wollte Arzú die Homosexualität eines seiner Söhne verheimlichen, der ein Verhältnis mit dem Priester Orantes gehabt haben soll. Dieser hatte ebenfalls im Pfarrhaus gelebt. Auch viele Akteure rund um Gerardi, gerade aus der kirchlichen Hierarchie, hätten einiges zu verstecken gehabt, so Goldmann, wodurch sie leicht unter Druck und als Spione einzusetzen bzw. zum Schweigen zu bringen gewesen seien.

Gleichwohl begrüßte ODHAG-Direktor Nery Rodenas, dass die Staatsanwaltschaft jetzt endlich den Fall noch einmal aufrolle und die Ermittlungen ernsthaft zu verfolgen scheine.

Und zufällig in diesen Tagen veröffentlicht die Tageszeitung *Siglo XXI* eine Reportage über eine neue Theorie. Diese geht zurück auf Informationen einer Untersuchung des Falles durch den salvadorianischen Ermittler Leonel Gómez Vides, die er 1999 auf Bitten von Gustavo Porras, dem damaligen Privatsekretär des Ex-Präsidenten Arzú angefertigt hat. Gómez Vides arbeitete für den US-amerikanischen Kongressabgeordneten der Demokraten, Joseph Moackley, und untersuchte für diesen Korruptionsfälle und politische Morde. Laut Gómez Vides nun habe hinter dem Mord an Bischof Gerardi der Drogenhandel gestanden, denn Gerardi habe während

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

seiner Bischofszeit im Departement Quiché Namen und Strategien der *narcos* im Quiché und in Baja Verapaz herausgefunden, die er nach der Präsentation des REMHI-Berichtes veröffentlichen wollte. Doch diese Hypothese wird skeptisch und eher als erneuter Verschleierversuch betrachtet, mit dem die Absicht verfolgt werde, die institutionelle Verantwortung des Militärs und der Regierung Arzú zu minimieren.

Inforpress weist derweil darauf hin, dass gerade das Blatt *Siglo XXI* gewesen sei, das allen möglichen Theorien im Fall Gerardi viel Platz eingeräumt habe, so auch der Behauptung des spanischen Forensikers José Manuel Reverte Coma,

laut dem die Kopfverletzungen des Bischofs von dem Schäferhund Baloo stammten, der dem Priester Orantes gehörte. Fraglich ist also, warum die Zeitung, in deren Vorstand einige der wohlhabenden und konservativen Familien des Landes sitzen, gerade jetzt die Drogen-These veröffentlicht.

Miguel Ángel Albizures von der Angehörigenvereinigung FAMDEGUA weist indes darauf hin: "Wir schliessen die Beteiligung von hohen Militärs nicht aus und deuten schon seit langem auf diejenigen, die mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung stehen, aber mir erscheint es seltsam, dass sie diese Hypothese gerade zum jetzigen Zeitpunkt ans Licht bringen. Die Staatsanwaltschaft muss das untersuchen ohne

die wesentliche Tatsache des Mordes aus den Augen zu verlieren: Mit ihm wurde beabsichtigt, die Kirche zum Schweigen zu bringen, die guatemaltekeische Gesellschaft zum Schweigen zu bringen, die Rückgabe des REMHI an die Gemeinden zu torpedieren und das lahm zu legen, wofür das REMHI stand." Edgar Gutiérrez stimmt mit Albizures überein und schlussfolgert, die guatemaltekeische Justiz habe eine "Taskforce" verurteilt, zu der zwei ehemalige EMP-Militärs und ein pensionierter militärischer Geheimdienstler gehörten, sowie den Prozess gegen einige ehemalige EMP-Mitglieder noch offen gelassen. Laut Gómez seien all diese Personen im Drogengeschäft, was zuvor noch nie erwähnt worden sei.

Keine SAAS-Sicherheit mehr für AktivistInnen

Guatemala, 29. April. Offenbar auf Vorschlag des Chefs des Präsidialen Sekretariates für Administrative Angelegenheiten und Sicherheit (SAAS) hat das Kabinett von Álvaro Colom angeordnet, den Personenschutz durch Agenten des SAAS von allen Personen des öffentlichen Lebens abzuziehen, die nicht zur Regierung gehören. Argumentiert wird diese Entscheidung damit, das SAAS werde umstrukturiert und ausserdem sei dessen genuine Aufgabe ausschliesslich der Schutz des Präsidenten und dessen Familie, für alle anderen sei es nicht spezialisiert und somit nicht zuständig. Derweil benennt jedoch das SAAS-Gesetz im Artikel 3:i) als Aufgabe der Institution auch das "Ausführen jeglicher anderer Funktion oder Befugnis, die ihm dieses Gesetz zuweist oder die ihm, nach vorheriger fachlicher Begutachtung des Ursprungs, zugewiesen wird und dem Wesen und Zweck des SAAS entspricht."

Eine der Betroffenen ist Helen Mack, Leiterin der *Myrna Mack-Stiftung*, die seit Beginn des Prozesses wegen des Mordes an ihrer Schwester Myrna mehreren Attentatsversuchen ausgesetzt war. Nachdem anfangs der damalige Vizepräsident Juan Francisco Reyes López den SAAS-Schutz für Helen entschied, trug vor vier Jahren der *Interamerikanische Menschenrechtshof* dem Staat Guatemala auf, der Aktivistin Personenschutz zu gewähren, gemäss dem gemeinsamen Beschluss wurde diese Aufgabe weiterhin dem SAAS übertragen.

Eine besondere Dreistigkeit beging Colom-Sprecher Fernando Barillas mit seiner Behauptung, Helen Mack müsse die Entscheidung des SAAS-Rückzugs

schlicht und einfach akzeptieren, auch wenn sie sich an ihre Bodyguards gewöhnt habe. Damit entblöste er zudem seine Unkenntnis darüber, dass es ja gerade AgentInnen der Vorgängerinstitution des SAAS, nämlich des inzwischen aufgelösten *Präsidialen Generalstabs* (EMP), gewesen sind, die als Verantwortliche für die aussergerichtliche Hinrichtung von Myrna Mack verurteilt wurden.

Regierungssprecher Ronaldo Robles versichert derweil, der guatemaltekeische Staat sei durchaus bereit, die Anordnung des Gerichtes zu erfüllen, deswegen würden ab jetzt AgentInnen der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) die Sicherheitsmassnahmen ausführen. Doch Idivina Hernández, Leiterin des *Instituts Sicherheit in der Demokratie*, ist überzeugt, dass die Schutzaufgabe von Helen Mack und anderen MenschenrechtsaktivistInnen so anspruchsvoll sei, dass sie nicht von irgendwelchen Sicherheitskräften geleistet werden könne. Mit ihrer Kritik geht es Hernández aber in erster Linie um die rechtliche und moralische Verpflichtung des Staates gegenüber denjenigen, die zu Gunsten der Demokratie und der Stärkung des Rechtsstaates ihre eigene Sicherheit aufs Spiel setzen.

In einem Kommuniké wundert sich die *Myrna-Mack-Stiftung* über die Aussage von Präsident Colom in einem Interview zum Thema, laut der er kein Risiko eingehen wolle, dass er oder sein Sicherheitsteam für irgendwelche Vorkommnisse zur Verantwortung gezogen würden, die bestimmten Personen zustoßen könnten. Er selbst, so meint die Stiftung, sei sich demnach im Klaren über das Risiko, in dem die AktivistIn-

nen sich befinden - und der Möglichkeit, jegliche Tat gegen diese könnte ihm und seinen Sicherheitsstrukturen zur Last gelegt werden. Doch genau diese Verantwortung werde die Stiftung seiner Regierung antragen, sollte diese nicht schleunigst die Sicherheitsmassnahmen garantieren und irgendwem aus der Stiftung etwas passieren.

Helen Mack wurden bereits die Lebensläufe von mehreren PNC-Kandidaten zugesendet, aus denen sie sich die Personen auswählen soll, die ihr als künftige Bodyguards genehm sind.

Weitere Personen, denen der SAAS-Schutz entzogen wurde, sind José Carlos Marroquín, ehemaliger Kampagnen-Berater des Präsidentschaftskandidaten Álvaro Colom und Sohn des Direktors der Tageszeitung *La Hora*, Óscar Clemente Marroquín. Weiter Carlos Castresana, Chef der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) und Nineth Montenegro, Abgeordnete der Partei *Encuentro por Guatemala*. Der Bischof der Diözese San Marcos, Álvaro Ramazzini, der aufgrund seiner Opposition gegen den Minenabbau und die Zerstörung der Umwelt ständig Morddrohungen erhält, hatte Ende des letzten Jahres selbst darum gebeten, die SAAS-Leute abzuziehen und meinte dazu: "Ich wusste schliesslich, dass es einen Regierungswechsel geben würde, deshalb habe ich mich bedankt. Als sie mir 2005 Personal vom SAAS gaben, war das wegen der Drohungen gegen mich und weil Ex-Präsident Berger es mir angeboten hatte. Jetzt leisten sie Geländeschutz in der Umgebung meines Hauses, aber die Diözese hat Vertrauenspersonen unter Vertrag genommen."

¡Hijole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Wenn die Opfer sich zu ZeugInnen erklären. Zum 10. Todestag von Bischof Gerardi

Wir Menschen teilen die Erfahrung des Schmerzes. Diese Tatsache ist so offensichtlich, dass sie weder Diskussionen noch Ideologien zulässt, weder soziale Klassen noch Ethnien kennt. Der Schmerz funktioniert wie ein unerbittlicher Warnruf, auf den das Individuum sofort reagiert: Es hält schützend die Hände über die Wunde, schreit, der Verstand sucht nach Linderung, die Erinnerung holt vergangene Erlebnisse hervor; der Mensch hält inne oder ändert seine Prioritäten, mobilisiert seine Ressourcen, fragt um Rat und wendet sogar schmerzhaft, teure oder traumatisierende Mittel an, um den Schmerz zu besiegen.

Unser Körper wendet das Gesetz der Gegenseitigkeit seiner Teile an, um dem Schmerz zuvorzukommen. Die einen verteidigen die anderen, jedes nach seinen Möglichkeiten. Wir können es bei oberflächlicher Betrachtung sehen, und es spielt sich auf biologischer Ebene in unserem Organismus ab. So funktioniert es auf der ganzen Skala lebender Systeme. Der sogenannte Kampf ums Überleben löst sich in einem weiterreichenden Gesetz der Gegenseitigkeit auf, von dem die einfachsten Lebewesen profitieren. Diese nutzen z.B. den Abfall, den andere produzieren, und können so am Lebenssystem teilhaben. Der Schmerz mobilisiert alle Kräfte, um der Unordnung, die seine Gegenwart verrät, die Stirn zu bieten.

Die menschlichen Opfer sind die schmerzenden Punkte des sozialen Körpers, der ebenfalls ein lebendes System ist. Trotzdem trifft fast nichts von dem, was wir soeben gesagt haben, auf sie zu. Sie werden viel mehr als Anti-Warnruf wahrgenommen: Anstatt alle Kräfte zu mobilisieren, provozieren sie totale Ablehnung. Die Wissenschaft, die Technik, die Wirtschaft, die Politik und die Religion ignorieren sie für gewöhnlich und schliessen sie aus; sie erheben sich auf der angeblichen Inexistenz der Opfer.

Nichtsdestotrotz ist es seltsam, dass die grossen wissenschaftlichen Disziplinen und politischen Projekte sich als RetterInnen der Opfer präsentieren. Die Inquisitoren gaben vor, die elenden SünderInnen vor der Hölle zu erretten; die Eroberungsunternehmungen wurden als Evangelisten der unglücklichen HeidInnen dahingestellt; die grausamen

liberalen Diktaturen heuchelten, den Indios den Fortschritt zu bringen; der völkermordende Feldzug wollte die Indios vom Kommunismus befreien; und jetzt sind die neoliberalen Regierungen so sehr wegen der wachsenden Armut der Leute "besorgt", dass sie versuchen, den Staat aufzulösen, damit der Reichtum sich in wenigen Händen ansammle und... zu den Armen überschwappe. Alles im Namen der Opfer.

Einerseits wird dadurch deren Existenz anerkannt - um grausame Herrschaftsprojekte absegnen zu können. Andererseits werden die Opfer ignoriert und degradiert, wenn sie das friedliche Es-sich-gut-gehen-lassen der Privilegierten stören: Dann stinken die Opfer, sie sind HeidInnen, unreiner Abstammung, minderwertige, verkommene, unwissende Menschen... Sie werden in negative Andersartigkeit gehüllt, um ihren Abschluss zu rechtfertigen.

Die menschliche Realität der Opfer ist aber nicht nur eine politische Tatsache. Wir alle produzieren Opfer in unseren ungerechten Beziehungen. Ungechtigkeit schliesst Gewalt gegen jemanden mit ein, verwandelt ihn oder sie in ein Opfer.

Wenn die Opfer beschliessen, ein Eigenleben zu führen und sich als Subjekte erheben, stören sie nicht nur die Ruhe der Wohlhabenden, sondern verwandeln sich in Feinde. Sie können zum inneren Feind irgendeiner Bananenrepublik werden und ein Genozid kann über sie kommen.

Es gibt einen qualitativen Unterschied zwischen Opfer und Zeuge/in. Das Opfer ist erniedrigt, reglos. Es ist der Gnade jener ausgeliefert, die ihm vielleicht helfen möchten. Es ist ein abhängiges und manipulierbares Wesen. Es kann genauso gut in einem Dorf sterben und von Würmern zerfressen oder in einer Wahlkampagne von PolitikerInnen umarmt werden und so ins Fernsehen kommen. Es ist ein Objekt, kein Subjekt. Es ist ein Niemand. Es hat weder Erinnerung noch ein Projekt, das über das pure Überleben hinausgeht. Es akzeptiert einen Gott, der über die gleichen Eigenschaften verfügt wie sein Chef, sein brutaler Vater oder sein autoritärer Präsident. "Du allein bist mächtig...!", wiederholen, jaulen die Lautsprecher vornehmlich der evangelikalen Sekten in

meiner Nachbarschaft.

Der/die Zeuge/in hingegen ist ein Opfer, das klare Erinnerungen hat, ein Projekt der Gerechtigkeit verfolgt und die Realität, die es lebt, kritisch beobachtet. Der/die Zeuge/in hat viel zu entscheiden und vor allem viel zu tun; nicht andere sprechen für ihn/sie, noch sagen sie ihm/ihr was er/sie braucht. Er/sie ist kein verfügbares Objekt, sondern ein Subjekt. Darin besteht der qualitative Unterschied zwischen dem Opfer und dem zusätzlichen Zeuge/in-Sein.

Den PolitikerInnen kommt es zu pass, Guatemala als ein Land von Opfern darzustellen. So können sie das nationale Elend nach aussen kehren, um Gelder zu erhalten. Als Antwort darauf überbietet die Grosszügigkeit der reichen Länder, die dank unserer Auslandschulden wohlgenährt sind. Aber das Geld kommt nie bei den Opfern an, es bleibt viel weiter oben hängen. Die Industrie der lokalen Opfer ist eine groteske nationale Produktion. Deshalb ist hier die Erinnerung ein landesweites Tabu und die Strafflosigkeit geniesst Verfassungsrang. Denn die Opfer sind nützlich, während die ZeugInnen stören.

Am 26. April sind zehn Jahre vergangen seit dem Verbrechen gegen Bischof Gerardi. Er hatte das Projekt für das Wiedererlangen des historischen Gedächtnisses (REMHI) geleitet, das fast 6'000 Opfern die historische Chance gab, ZeugInnen zu sein. Seine Kühnheit, die Erinnerung der Indios zu wecken, verwandelte auch Gerardi in einen inneren Feind. Das herrschende System in Guatemala - es waren also nicht nur die materiellen Täter, wie die Strafflosigkeit in diesem Fall beweist - wendete seine Methoden der Aufstandsbekämpfung gegen Gerardi an - und dies nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen!

Es ist augenfällig, dass dieser Friede den versteckten Krieg begünstigt. Es ist der "Krieg im Filigran des Friedens", von dem Michel Foucault sprach. Es ist der Krieg gegen alle, die sich zu ZeugInnen erklären.

Vielen Dank an Yvonne Joos für die Übersetzung!